

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 5. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 09.12.2009**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:05 Uhr bis 18:13 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	in Vertretung für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	anwesend bis 18:21 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	anwesend bis 17:17 Uhr

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
--------------------	------------

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 5. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.1 Jahresrechnung 2008 und Entlastung der Oberbürgermeisterin  
Vorlage: V/2009/08275  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.2 Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung  
Vorlage: IV/2009/07886  
vertagt
- 5.3 Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08433  
vertagt
- 5.4 Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14  
Vorlage: V/2009/08287  
vertagt
- 5.6 Erste Satzung zur Änderung der Marktordnung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08221  
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten hat als fachlich zuständiger Ausschuss zugestimmt
- 5.7 Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009  
Vorlage: V/2009/08345  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.8 Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2009/08111  
gleiche Voten in den Fachausschüssen

- 5.9 Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2010  
Vorlage: V/2009/08373  
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 5.10 Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2010 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 und 9 neues ÖPNV-Gesetz des Landes  
Vorlage: V/2009/08297  
gleiche Voten in den Fachausschüssen

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bat darum, den TOP 5.6

Erste Satzung zur Änderung der Marktordnung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08221

auf der Tagesordnung zu belassen, da er zu dem Beschlusstext eine Nachfrage habe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte sich damit einverstanden und zog die Absetzung des TOP 5.6 zurück.

Darüber hinaus gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bekannt, dass unter dem TOP 8 „Mitteilungen“ weitere Informationen zum Nachtragshaushalt 2009 der Stadt Halle, Schul-umweltzentrum Franzigmark sowie zum Hörgeschädigtenzentrum in der Gellertstraße erfolgen werden.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:                    zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2009
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 *Jahresrechnung 2008 und Entlastung der Oberbürgermeisterin*  
Vorlage: V/2009/08275 *abgesetzt*

- 5.2 *Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung*  
Vorlage: IV/2009/07886 vertagt
- 5.3 *Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2009/08433 vertagt
- 5.4 *Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2010/11 bis 2013/14*  
Vorlage: V/2009/08287 vertagt
- 5.5 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08198
- 5.6 Erste Satzung zur Änderung der Marktordnung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2009/08221
- 5.7 *Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) - Grundstücksentwässerungssatzung vom 16.12.2009*  
Vorlage: V/2009/08345 abgesetzt
- 5.8 *Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten*  
Vorlage: V/2009/08111 abgesetzt
- 5.9 *Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2010*  
Vorlage: V/2009/08373 abgesetzt
- 5.10 *Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2010 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 und 9 neues ÖPNV-Gesetz des Landes*  
Vorlage: V/2009/08297 abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Schaffung von Ortschaftsräten  
Vorlage: IV/2009/08022
- 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einlegung von Rechtsmitteln gegen den Änderungsplanfeststellungsbeschluss zum Flughafen Leipzig/Halle vom 17.07.2009  
Vorlage: V/2009/08350
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2009**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.11.2009.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.11.2009 in der vorliegenden Fassung.**

### zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

### zu 5 **Beschlussvorlagen**

#### zu 5.5 **1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2009/08198**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Kley, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Weihrich, Herr Beigeordneter Kogge, Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herr Bürgermeister Dr. Pohlack sowie Herr Beigeordneter Geier.

Die Verwaltung stellte den bisherigen Diskussionsverlauf in den entsprechenden Fachausschüssen dar und erläuterte ausführlich die Gründe, weshalb eine Mindestentfernung von 4 km auf 3 km eine Bevorteilung für die Klassenstufen 11 bis 13 sowie eine Senkung der Landeszuweisungen nach sich ziehen würde.

Da die anschließenden Nachfragen der Hauptausschussmitglieder nicht endgültig geklärt werden konnten, sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, den Fraktionen bis 14.12.09 eine dezidierte Darstellung zu den Unterschieden und Auswirkungen einer Mindestentfernung von 4 km bzw. 3 km in Absprache mit der HAVAG zukommen zu lassen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bat darum, ebenso die mögliche Zahl der zusätzlichen Nutzer und die damit vom Land erstatteten Tickets mit einzubeziehen. Laut Aussagen der HAVAG hätten gegenwärtig etwa 4.000 Schüler Anspruch auf eine Entlastung von Fahrtkosten. Sollten nur 50 % ein solches Ticket nutzen, entspreche dies ca. 8 Mio. € zusätzliche Einnahmen. Demzufolge müsse man in der Abwägung beachten, ob bei einer Mindestentfernung von 3 km auf eine geringere Landeszuweisung von 800.000 € verzichtet werden sollte, wenn im Gegensatz dazu 8 Mio. € Mehreinnahmen erzielt werden könnten.

Weiterhin bezog sich **Herr Kley** auf Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge, dass sich die Eltern der betroffenen Schüler der 11. Klassen an der Entlastung von Fahrtkosten bis zur 10. Klasse orientieren und eine Mindestentfernung von 4 km als Grundlage nehmen. Entsprechend der Anlage 2 der Vorlage, dem Auszug aus dem Amtsblatt vom 10.06.99, sei aber eine Mindestentfernung für die Klassenstufen 5 bis 10 von 3 km aufgeführt. Er bat um eine Erklärung und Richtigstellung, woher die Mindestentfernung von 4 km resultiere.

**Herr Weirich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, inwieweit diese Satzung rückwirkend beschlossen werden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass die Nachfragen von Herrn Kley und Herrn Weirich bis zum 14.12.09 schriftlich beantwortet werden bzw. die Anmerkungen in der Darstellung Berücksichtigung finden.

Auf Vorschlag von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wurde sich darauf verständigt, keine Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt vorzunehmen, da die Fragen der Hauptausschussmitglieder nicht ausreichend beantwortet werden konnten.

#### **Beschlussvorschlag:**

*Aufgrund des § 71 Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.08.2005 (GVBl. 2005 S. 521), zuletzt geändert durch 12. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes vom 14.07.2009 (GVBl. 2009 S. 358) in Verbindung mit der §§ 6 und 44 Abs. 3 Nr. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05.10.1993 in der Fassung der Bekanntmachung 10.08.2009 (GVBl. 2009 S. 383) hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 26.05.1999 die **1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung** der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.1999 veröffentlicht im Amtsblatt am 10.06.1999 beschlossen.*

#### **1. § 2 wird wie folgt ergänzt:**

***Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1 a eingefügt:***

***Für Schülerinnen und Schüler, welche nach §71 Absatz 4 a des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des Zwölften Änderungsgesetzes vom 14.07.2009 einen Anspruch auf Entlastung von den Fahrtkosten zum Schulbesuch haben, beträgt die Mindestentfernung, ab der 11.-13. Jahrgangsstufe 4,0 km.***

#### **2. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2009 in Kraft.**

**Abstimmungsergebnis:**

**beraten**

## zu 5.6 Erste Satzung zur Änderung der Marktordnung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2009/08221

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wies darauf hin, dass in der Bundesartenschutzverordnung weitaus mehr zu schützende Pilzarten aufgeführt seien, als die Verwaltung entsprechend des Beschlussvorschlages ausgeführt habe. Er fragte, weshalb nur ein Teil der Pilzarten genannt wurde und die Verwaltung nicht auf die Bundesartenschutzverordnung verweise.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, regte an, ebenso die EU-Artenschutzverordnung hinzuzuziehen und zu prüfen, ob auf Grundlage dieser dem Beschlussvorschlag der Verwaltung etwas entgegenstehe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung zu. Die Fraktionen werden über das Ergebnis bis zum 14.12.09 informiert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Die Hauptausschussmitglieder** verständigten sich darauf, über die Vorlage nicht abzustimmen.

### **Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):**

*Aufgrund der Richtlinie 2006/ 123/ EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, sowie § 6 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. LSA S. 568), in der neu bekanntgemachten Fassung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA S. 683) beschließt der Stadtrat in der Sitzung am 16.12.2009 die erste Satzung zur Änderung der Marktordnung:*

1. § 5 (Gegenstand des Wochenmarktverkehrs) Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

**(5) Aus Gründen des Artenschutzes dürfen in Deutschland wachsende Wildpilze der Arten Steinpilz (*Boletus edulis*), Pfifferling (*Cantharellus spp.*), Schweinsohr (*Gomphus clavatus*), Brätling (*Lactarius volemus*), Birkenpilz und Rotkappe (*Leccinum spp.*) sowie Morchel (*Morchela spp.*) nicht angeboten werden.**

**Ein Angebot ist jedoch zulässig, wenn diese Pilzarten aus anderen Ländern der Europäischen Union eingeführt worden sind und für diese Arten ein entsprechender Herkunftsnachweis vorliegt sowie die lebensmittelrechtlichen Anforderungen eingehalten werden.**

**Für den geforderten Herkunftsnachweis ist es unbeachtlich, in welchem Mitgliedsstaat dieser ausgestellt wurde, wenn eine gleichwertige Funktion hat oder daraus hervorgeht, dass die betreffende Funktion erfüllt ist.**

2. § 20 Abs. 1 Ziffer 6 (Ordnungswidrigkeiten) wird wie folgt neu gefasst:

§ 5 Abs. 5 - Wildpilze ohne entsprechendes Zertifikat feilbietet



3. § 21 (In-Kraft-Treten) wird wie folgt neu gefasst:

*Diese Satzung einschließlich ihrer Anlagen 1 bis 4 tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.*

*Gleichzeitig tritt die Marktordnung der Stadt Halle (Saale) vom 08.11.1995 außer Kraft. Die Anlagen 1 bis 4 sind bei der Stabsstelle Veranstaltungsservice/Marktwesen einzusehen.*

4. *Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) in Kraft.*

**Abstimmungsergebnis:**

**beraten**

**zu 6      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 6.1    Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Schaffung von Ortschaftsräten  
Vorlage: IV/2009/08022**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass die Schaffung von Ortschaftsräten in der Stadt Halle nicht möglich sei, da die Voraussetzungen des § 17 der Hauptsatzung nicht erfüllt werden. Dennoch schlug sie vor, den Antrag zu vertagen, um der Kommunalaufsicht dieses Anliegen vorzutragen und eventuell eine Möglichkeit zu finden, Ortschaftsräte in der Stadt Halle einführen zu können.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden. Nach Vorliegen der Prüfungsergebnisse könne über eine mögliche Modifizierung des Antrages nachgedacht werden.

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stimmte dieser Verfahrensweise ebenfalls zu und teilte mit, dass seine Fraktion die Intention des Antrages durchaus unterstütze. Er bat jedoch darum, im Rahmen der Prüfung die Kompetenzen der Ortschaftsräte zu benennen. Diese seien zwar entsprechend der Gemeindeordnung vorgegeben, wären allerdings zum Teil zu allgemein und müssten konkreter festgelegt werden.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erinnerte an einen ähnlichen Antrag der CDU-Fraktion vor einigen Jahren und regte an, in der damaligen Niederschrift die Diskussionen nachzulesen, bevor eine Entscheidung hierzu getroffen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*1. Für die Ortsteile Kröllwitz, Seeben, Tornau, Mötzlich, Reideburg, Büschdorf, Bruckdorf-Kanena, Nietleben, Dölau und Lettin werden Ortschaftsräte gemäß § 86 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) und § 17 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) gebildet.*



**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** regte an, dass die Fraktionen die konkreten Einwendungen der Bürger zu dem Änderungsplanfeststellungsbeschluss der Verwaltung mitteilen, um auch entsprechend darauf reagieren zu können.

**Die Hauptausschussmitglieder** verständigten sich darauf, keine Abstimmung des Antrages vorzunehmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gegen den 7. Änderungsplanfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Leipzig zum Flughafen Leipzig/Halle Rechtsmittel einzulegen. Der Stadtrat ist über das weitere Vorgehen der Stadtverwaltung zu informieren.*

**Abstimmungsergebnis:**

**beraten**

**zu 7      schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 8      Mitteilungen**

**zu 8.1    Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**weitere Mitteilungen:**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass die Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Halle für das Jahr 2009 durch das Landesverwaltungsamt bestätigt wurde. Allerdings müsse das Landesverwaltungsamt im Rahmen der Aufstellung der Haushaltssatzung für das Jahr 2010 dezidiert über den Erfüllungsstand des Jahres 2009 informiert werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, den Fraktionen das Schreiben des Landesverwaltungsamtes zukommen zu lassen.

Darüber hinaus bezog sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf die Anfrage von Herrn Bönisch in der Stadtratssitzung am 25.11.09 zum Hörgeschädigtenzentrum in der Gellertstraße. Sie informierte darüber, dass dieses Anfang nächsten Jahres in die Unstrutstraße 28 umziehen werde und dass am 01.12.09 zwischen dem Eigenbetrieb ZGM und dem Hörgeschädigtenzentrum ein Sicherheits-/Übereignungsvertrag abgeschlossen wurde.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass für die Räumlichkeiten in der Unstrutstraße bislang kein Mietvertrag mit dem Hörgeschädigtenzentrum abgeschlossen wurde. Er fragte nach den Gründen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung und Beantwortung bis zur Stadtratssitzung am 16.12.09 zu.

Weiterhin teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass die Verwaltung eine Broschüre zu den Umweltbildungsangeboten in der Stadt Halle vorgelegt habe. Diese liegen den Fraktionsgeschäftsstellen vor. Im Schulumweltzentrum Franzigmark wären zum jetzigen Zeitpunkt 7 Personen beschäftigt. Die Kosten belaufen sich jährlich auf etwa 220.000 €. Aufgrund dessen müsse man nach Möglichkeiten suchen, den Ökounterricht für Schüler kostengünstiger zu gewährleisten. Dabei sollten Synergien genutzt werden.

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um eine Übersicht hinsichtlich der Personalsituation, der Kosten usw. im Schulumweltzentrum Franzigmark.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte dies zu. In dem Zusammenhang werden ebenso die Überlegungen der Stadtverwaltung dargestellt, ob und inwieweit Synergien erreicht und gleichzeitig die Kosten gesenkt werden können.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte bezüglich des Finanzausgleichsgesetzes nach einem Vergleich der Jahre 2009 und 2010 mit allen Bestandteilen, um die Änderungen besser nachvollziehen zu können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass die Fraktionen bis zur Stadtratssitzung am 16.12.09 diese Zusammenstellung erhalten werden.

Es gab keine weiteren Anfragen.

## zu 10     **Anregungen**

---

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, regte an, mündliche Anfragen, bei denen keine zeitnahe Beantwortung durch die Verwaltung erforderlich sei, in den Fachausschüssen zu klären und nicht im Stadtrat.

Es gab keine weiteren Anregungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 5. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Kerstin Godenrath  
stellv. Protokollführerin